

Bauernbund Brandenburg: Geschäftsbericht 2011

Liebe Berufskollegen,

hier wieder ein kurzer Überblick über die Themen, die der Bauernbund Brandenburg im vergangenen Jahr bearbeitet hat.

EU-AGRARPOLITIK 2014 – 2020

Natürlich bleiben die Agrarsubventionen eines der wichtigsten Themen, an denen wir arbeiten. Allerdings haben wir uns nie in die Diskussion um die Höhe dieser Subventionen eingemischt. Dahinter steht eine ganz einfache Erkenntnis, nämlich dass schlechtere Prämien mittelfristig immer durch bessere Preise wettgemacht werden, erstens und zweitens, dass unsere Betriebe bei den Preisen, also in der Produktion, fast immer besser sind als die große Konkurrenz, erst recht wenn die Großbetriebe von auswärtigen Investoren geführt und mit ausländischen Arbeitskräften bewirtschaftet werden. Also, wir sind nicht die, die nach Subventionen schreien, und wenn wir über Subventionen diskutieren, dann reden wir nicht über die Höhe, sondern über das System.

Mit welchen Forderungen sind wir in die Diskussion gegangen? Wir wollten ein möglichst einfaches, klares und faires System: In der ersten Säule einen Sockelbetrag pro Hektar als Ausgleich für die hohen sozialen und ökologischen Standards in der EU, und in der zweiten Säule Zuschläge pro Hektar für besondere ökologische Leistungen, wie etwa Ökologischer Landbau, Dauergrünland, Ackergras, Eiweißfutterpflanzen, Landschaftselemente und Blühstreifen. In der ersten Säule dazu die Kappung und die Koppelung daran, dass sich die Betriebe im Eigentum ortsansässiger Landwirte befinden. Ein solches System ließe wäre einfach verständlich und hätte eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz.

Aber einfach geht es in der EU leider nicht zu. So müssen wir uns jetzt mit konkreten Vorschlägen der Kommission auseinandersetzen, die zwar in manchen Punkten in die richtige Richtung gehen, aber wiederum furchtbar kompliziert und deswegen keineswegs immer fair sind. Was wir im Augenblick tun ist Wir nehmen die Vorschläge, wie sie sind, und feilen an den Details, um doch noch die Dinge voranzubringen, die uns wichtig sind. So haben wir auch gegenüber dem Kabinettschef der Agrarkommission Häusler und gegenüber Abgeordneten des Europäischen Parlaments Stellung genommen:

1.) Zum einen wird die auch von uns in dieser Form begrüßte Kappung bzw. Degression der Agrarsubventionen begleitet durch ein für uns unverständliches Verbot, die Betriebe zwecks Umgehung der Kürzungen zu teilen. Wir fragen uns: Warum sollte ein Betrieb, etwa eine Agrargenossenschaft, die sich noch im Eigentum ortsansässiger Landwirte befindet, sich nicht teilen und auf diese Weise zu Strukturen kommen, in denen sich die Privatinitiative der einzelnen Anteilseigner möglicherweise sogar besser entfalten kann als zuvor? Dagegen wären Unternehmensverbände, die sich vor Veröffentlichung der Vorschläge in kleineren Einheiten organisiert haben und dennoch ganz oder teilweise denselben Anteilseignern gehören, von der Kappung bzw. Degression gar nicht betroffen. Wir meinen, dass es für diese Ungleichbehandlung keine Rechtfertigung gibt, und schlagen statt dessen vor, dass die Agrarsubventionen grundsätzlich nur an solche Betriebe ausgereicht werden, deren Anteilseigner nicht an einem weiteren beihilfefähigen Betrieb beteiligt sind. Damit würden von vornherein auch diejenigen Umgehungstatbestände ausgeschlossen, die mit dem Verbot der Betriebsteilung behindert werden sollen.

2.) Zum anderen wird die Kappung bzw. Degression durch die diversen Missbrauchsmöglichkeiten bei der vorgesehenen Anrechnung der Bruttolöhne faktisch untergraben. So steht zu erwarten, dass Mitarbeiter eines Unternehmensverbundes künftig gleichmäßig auf die einzelnen Betriebe verteilt werden oder

dass auch Mitarbeiter aus nichtlandwirtschaftlichen Arbeitsbereichen künftig teilweise landwirtschaftlichen Tätigkeiten zugeordnet werden, ohne dass sich dies noch sinnvoll überprüfen ließe. Auch die Erhöhung der Vergütung von Geschäftsführern wäre damit quasi ein "Durchlaufposten" für den Betrieb. Über diese praktischen Probleme der Umsetzung hinaus sehen wir aber auch noch ein strategisches Problem, wenn neben der Fläche die Arbeitskräfte als zusätzlicher Berechnungsmodus in das System der Agrarsubventionen eingeführt werden. Damit wäre einer Verfahrensweise Tür und Tor geöffnet, die den marktfernen Ackerbauregionen in weiten Teilen Ostdeutschlands mittelfristig erhebliche Nachteile bringen könnte. Wir meinen, dass die bisherige Bindung der Agrarsubventionen an die bewirtschaftete Fläche, ergänzt um die mit der Kappung bzw. Degression eingeführte agrarstrukturelle Komponente, ein sehr ausgewogenes und wohl begründetes System darstellt, dass durch Einbeziehung der Arbeitskräfte unnötig verkompliziert würde mit absehbar negativen Auswirkungen für die ostdeutsche Landwirtschaft.

3.) Auch bei den Vorschlägen für das so genannte Greening sehen wir noch Nachbesserungsbedarf. Insbesondere die Ausweisung von sieben Prozent der Betriebsfläche als ökologische Vorrangfläche lässt viele Fragen offen. Etwa ob es sinnvoll ist, dass Betriebe aus Intensivregionen in größerer Entfernung geringwertige Flächen anpachten und stilllegen bis hin zur Pro-Forma-Einrichtung von Zweigniederlassungen. Oder ob die Aktivierung bereits bestehender Biotope als extensivierungsfähige Agrarfläche Zweck der Übung ist. Nach unserer Auffassung sollte das Greening nicht zu sehr mit dem Naturschutz verwoben, sondern eng an die Landwirtschaft gekoppelt werden. Die Regelung, dass ökologisch wirtschaftende Betriebe die Greening-Auflagen per se erfüllen, weist bereits in diese Richtung. Aus unserer Sicht wäre ein Greening nur dann effektiv im Sinne einer umweltgerechten Landwirtschaft, wenn dafür jeder Hektar Ökologischer Landbau, Dauergrünland, Ackergras und Eiweißfutterpflanzen und laufende Meter Landschaftselement und Blühstreifen angerechnet wird.

Liebe Berufskollegen, soweit unsere aktuelle Verhandlungsposition, mit der wir versuchen, auf die Planungen für die EU-Agrarpolitik 2014 - 2020 Einfluss zu nehmen. Wir werden sehen, wie weit wir kommen, und dann werden wir neu darüber zu diskutieren haben, wie wir zu den Subventionen stehen. Wie gesagt, wir sind nicht die, die nach Subventionen schreien, und möglicherweise werden wir dieses Thema in ein paar Jahren ganz anders beurteilen.

BÜNDNIS HEIMAT UND ZUKUNFT IN BRANDENBURG

Den Kampf gegen CCS und Braunkohle hat der Vorstand zu einem weiteren Schwerpunktthema erklärt. Die Landwirtschaft spielt eine große Rolle bei den dezentralen regenerativen Energien, umgekehrt gehört die Landwirtschaft in besonderer Weise zu den Leidtragenden der dreckigen Großtechnologien, deshalb ist für uns klar, auf welcher Seite wir stehen, auch wenn wir damit nicht gleichzeitig Experten der Energiewirtschaft wären oder in jedem Punkt mit den einzelnen Elementen der Energiewende einverstanden sein müssen, siehe Biogas, so wir durchaus starke Bedenken gegen die aktuelle Ausrichtung des EEG haben. Aber die grundsätzliche Richtung ist klar, deshalb haben wir – mit Unterstützung unserer Mitglieder Sabine Niels und Hans-Georg von der Marwitz – das Bündnis Heimat und Zukunft in Brandenburg ins Leben gerufen mit dem folgenden Text:

Horno ist das letzte Dorf, das für die Braunkohle weichen muss, versprach einst Manfred Stolpe. Jetzt will Matthias Platzeck auch noch Teile von Welzow sowie Proschim, Grabko, Kerkwitz und Atterwasch wegbaggern lassen. Mit den Dörfern verschwinden Jahrhunderte alte Kulturlandschaften, zurück bleiben riesige Krater und ein massiv geschädigter Wasserhaushalt. Für die „innovative Technologie“ CCS soll der Abbau der Braunkohle noch weiter beschleunigt werden. Denn das „klimafreundliche Kohlekraftwerk“ benötigt rund ein Drittel mehr Brennstoff, um Kohlendioxid abzuscheiden, wegzupumpen und mit Hochdruck

unter die Erde zu pressen. Wie es sich dort verhält, sollen zwei „Pilotprojekte“ unter Beeskow und Neutrebbin erforschen. Schlägt der Versuch fehl – was sich auch erst Jahrzehnte später herausstellen kann – sind große fruchtbare Landstriche im Osten Brandenburgs dauerhaft verseucht. Bei diesen Aussichten ist es verständlich, dass immer mehr Menschen die Braunkohleverstromung kritisch hinterfragen. Wir meinen: Die einseitige Fixierung auf Braunkohle hat Brandenburgs Energiepolitik in eine Sackgasse geführt. Insbesondere CCS ist mit rationalen Argumenten nicht nachzuvollziehen. Selbst wenn die ökonomisch wie ökologisch widersinnige Erhöhung des Brennstoffbedarfs kein Problem wäre, stellt sich die Frage, warum man diesen komplizierten Beitrag zur Rettung des Weltklimas ausgerechnet in einer der wenigen dicht besiedelten, landwirtschaftlich nutzbaren Gegenden der Erde ausprobieren muss. Aber auch die bevorstehenden Umsiedlungen und Enteignungen sowie die Abwertung ganzer Regionen als Tagebau- bzw. Deponielandschaften lassen sich in solcher Größenordnung schwerlich als Beitrag für das Allgemeinwohl rechtfertigen. Kein verantwortlich denkender Politiker darf Teile Brandenburgs und seiner Bewohner abschreiben. Wir möchten deshalb eine breite Diskussion über die künftige Energiepolitik unseres Landes anstoßen und stellen dafür folgende Forderungen:

- 1.) Neuausrichtung der energiepolitischen Ziele unter Einbeziehung des tatsächlichen Bedarfs, vorhandener Potentiale zum Energiesparen und zur Steigerung der Energieeffizienz sowie neuester wissenschaftlicher und technischer Erkenntnisse.
- 2.) Förderung der erneuerbaren Energien Sonne, Wind, Wasser, Biomasse und Erdwärme in dezentralen mittelständischen Strukturen unter Rahmenbedingungen, die Wildwuchs vermeiden und nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung ermöglichen.
- 3.) Verbindlicher Ausstieg aus der Braunkohleverstromung, keine Genehmigung von neuen Tagebauen, angemessener Abstand der bereits genehmigten Tagebaue zu den Dörfern, Verzicht auf CCS und Einstellung aller vorbereitenden Untersuchungen.

Darunter bei der Gründungsversammlung am Reformationstag in Atterwasch 70 Unterschriften, die wir zusammentelefoniert haben. Unser strategischer Ansatz war erstens, den Widerstand gegen die Braunkohle aus der ökologischer und regionalen Ecke rauszuholen und zu verankern in der Mitte der Gesellschaft. Zweitens den Schwung der Anti-CCS-Bewegung mitzunehmen an die Tagebaukante. Und drittens mit dem Reformationstag in Atterwasch einen symbolischen Tag und Ort für diesen Kampf zu etablieren. Das ganze außerdem flankieren mit Lobbyarbeit und Pressearbeit. Liebe Berufskollegen, das Projekt läuft – wir sind guten Mutes, aber wir sind damit natürlich erst am Anfang, deshalb meine Bitte an Euch: Merkt Euch schonmal den Reformationstag 2012 in Atterwasch und, wenn Ihr es noch nicht getan habt, tragt Euch bitte auch ein im Internet unter www.heimatzukunft.de

ABGEHAKTES

Die EU-Politik zu ändern, den Braunkohlebagger zu stoppen, nehmen wir uns da als kleiner Verband nicht zu viel vor? Das höre ich manchmal und natürlich steckt da ein wahrer Kern drin. Wir dürfen uns nicht überschätzen. Man sollte uns allerdings auch nicht unterschätzen. Jeder von uns ist stark, und gebündelt im Bauernbund können wir ein ganz kleines bisschen am Rad drehen, und das tun wir auch.

Bei CCS sagte mir ein leicht angetrunkener Funktionär eines konkurrierenden Agrarverbandes vor zwei Jahren auf der Grünen Woche: "Jung, wir wollen doch Realisten bleiben, der Drops ist gelutscht, es geht nur noch drum, wie wir CCS kriegen. Auf jeden Fall muss es für die Betriebe eine anständige Entschädigung geben." Soweit der konkurrierende viel größere Verband. Wir haben nicht über Entschädigungen nachgedacht, sondern gekämpft, natürlich nicht allein – mit vielen anderen zusammen – und jetzt plötzlich sieht es nicht mehr gut aus für CCS: Erst ein Bundesgesetz mit einer Klausel, nach der einzelne Bundesländer

die Technik auf ihrem Territorium ausschließen können, dann haben Schleswig-Holstein und Niedersachsen von dieser Klausel Gebrauch gemacht, dann wollte Platzeck doch nicht das Versuchskaninchen geben (warum wohl? weil er Druck gekriegt hat) und jetzt sind die Standorte Neutrebbin und Beeskow vom Tisch, in der Energiestrategie wird nur noch sehr allgemein von der Option eines CCS-Kraftwerks gesprochen, es kursieren abenteuerliche Gerüchte über CO₂-Pipelines, die nach Norwegen führen sollen, was ökonomisch noch absurder wäre als die ökonomisch absurden Pläne in Brandenburg, kurzum scheint es bei alledem vor allem darum zu gehen, dass die Landesregierung ihr Gesicht wahren kann.

Ähnlich bei der Gentechnik: Der gv-Mais Mon 810 bleibt dank Ilse Aigner verboten, und kein einziger deutscher Landwirt hat die gv-Kartoffel Amflora angebaut, obwohl sie 2011 erstmals zugelassen war. Ein Beschluss des Europäischen Parlaments über die Verlagerung von Zuständigkeiten auf die nationale Ebene sowie ein Urteil des Europäischen Gerichtshofs über Schadensersatz bei Verunreinigungen von Honig schwächt die Gentechnik zusätzlich. Und dann zieht BASF seine Pflanzenentwicklung aus Deutschland ab und verlagert sie in die USA, Monsanto entlässt seinen Cheflobbyisten Thierfelder und Innoplanta, Netzwerk der Gentechnikbefürworter in Sachsen-Anhalt, steckt dem Vernehmen nach in ernsthaften finanziellen Schwierigkeiten. Man muss nicht gleich jubeln, aber die gegnerische Front zeigt deutliche Auflösungserscheinungen. Gleichzeitig hört man aus den USA, der Maiswurzelbohrer entwickelt Resistenzen gegen den Genmais, und in Brasilien braucht man inzwischen 12 Liter Glyphosat, um das Gensoja überhaupt noch sauber zu kriegen. Die Natur lässt sich nun mal nicht überlisten, und ein Glück, wir sind auch nicht darauf reingefallen!

Liebe Berufskollegen, damit will ich keineswegs Entwarnung geben, es kann durchaus sein, dass CCS und Gentechnik uns früher wieder beschäftigen werden als uns lieb ist. Ich will damit nur sagen, es gibt zwei Etappensiege, wer kämpft, muss auch mal feiern, und darauf wollen wir nachher noch zusammen anstoßen!

POLITISCHES

Unsere Zusammenarbeit mit CDU und Bündnisgrünen in Brandenburg hat sich im vergangenen Jahr positiv entwickelt. Wir reden weiterhin mit Vertretern aller demokratischen Parteien im Land, aber bei CDU und Bündnisgrünen ist es so, dass sich teilweise ein echtes Vertrauensverhältnis entwickelt hat. Das hängt natürlich in erster Linie mit Personen zusammen, mit denen man sich gut versteht, aber so soll es ja auch sein.

Die CDU hat im Frühjahr ihr Positionspapier Landwirtschaft vorgestellt und dabei wichtige Forderungen des Bauernbundes unterstützt, insbesondere unsere Forderung nach Kappung der Agrarsubventionen und Koppelung daran, dass sich die Betriebe im Eigentum ortsansässiger Landwirte befinden. Das hat beim Bauernverband einen Sturm der Entrüstung ausgelöst, die CDU hat das Papier auf zahllosen Veranstaltungen mit Landwirten diskutiert, viele von uns haben in ihrer Region an diesen Veranstaltungen teilgenommen und wissen, dass es dabei durchaus sehr kontrovers zugeing - aber, und das muss man Saskia Ludwig und Dieter Dombrowski hoch anrechnen, trotz des gewaltigen Drucks haben sie die Positionen sehr sachlich und fair diskutiert und sind im Kern dabei geblieben. Die Bündnisgrünen haben dieselben Forderungen kurze Zeit später auf einem Landesparteitag ebenfalls beschlossen, so dass wir erstmals in der brandenburgischen Agrarpolitik eine echte Kontroverse hatten. Deutlich zu erkennen, als im Herbst der Landtag über einen FDP-Antrag abstimmen sollte, mit dem die Landesregierung aufgefordert wurde, sich gegenüber den Verantwortlichen in Berlin und Brüssel gegen die Kappung der Agrarsubventionen auszusprechen: Dafür stimmte Rot-Rot-Gelb, dagegen Schwarz-Grün.

Dieses herzliche Einvernehmen darf natürlich nicht darüber hinwegtäuschen, dass es auch kritische Punkte gibt, die man unter Freunden offen ansprechen muss. Bei der CDU ist das die Braunkohle, wo die Führung sich nach wie vor

nicht bewegt hat, wobei an der Basis sehr viel Sympathie für eine Energiewende auch in Brandenburg festzustellen ist – die vielen Unterschriften von Politikern der CDU im Bündnis Heimat und Zukunft belegen dies. Bei den Bündnisgrünen müssen wir uns vor allem mit Vorstellungen zum Umwelt- und Naturschutz auseinandersetzen, die völlig überzogen und praxisfremd sind, was wiederum damit zusammenhängt, dass es kaum Praktiker in der Partei gibt. Es bleibt also viel zu tun, einerseits die Zusammenarbeit zu vertiefen, wo wir gemeinsame Interessen haben, andererseits einen konstruktiven Dialog führen, um für unsere Interessen da zu werben, wo es noch echte Differenzen gibt.

Liebe Berufskollegen, Interessenvertretung und Öffentlichkeitsarbeit für den Berufsstand – das macht der Bauernbund. Wir sind kein Serviceunternehmen. Rabatte für Strom oder Geländewagen oder Beratung in rechtlichen Fragen, da haben wir sicher mal einen Tipp, aber darum kümmern sich unsere Mitglieder selber. Insofern ist es sicher berechtigt zu fragen: Was habe ich eigentlich vom Bauernbund? Ich antworte dann gern: Nichts. Auf jeden Fall nichts, was die anderen Bauern nicht auch hätten, die keinen Mitgliedsbeitrag zahlen. Was wir bieten – ein klarer Kurs und ein ehrlicher überzeugender Einsatz für die freien Bauern in Brandenburg – das nützt ja allen Berufskollegen. Aber es gibt einen Unterschied: Wir sind dabei! Wir bestimmen mit über diesen Kurs und haben teil an diesem Einsatz! Ich sage immer, wir wollen gar nicht alle, wir wollen die 500 besten Bauern Brandenburgs. Aktueller Stand 348 – im vergangenen Jahr sind wir also wieder um knapp 50 Mitglieder gewachsen. So soll es weitergehen. Dankeschön für Eure Unterstützung und Eure Aufmerksamkeit.

Reinhard Jung